

Sehr geehrtes Publikum,

Mein Name ist Sascha Aimée Brinkmann und ich besuche die Q2 der Gesamtschule Lotte Westerkappeln.

Ich bin sehr erfreut, dass diese Veranstaltung in die Wege geleitet wurde und wir als Leistungskurs Sozialwissenschaften dazu eingeladen wurden einen Redebeitrag zu halten. Ich bedanke mich vielmals dafür.

Anlässlich der zunehmenden Situation rechtsextremer Bewegungen halte ich es für überaus wichtig, dass wir uns heute hier versammelt haben, um für Demokratie und Vielfalt einzustehen.

Sie alle haben wohl von dem sogenannten Geheimgespräch, welches sich am 25. November 2023 in Potsdam ereignete, gehört. Dort trafen sich gut zwei Duzend Menschen. Darunter Neonazis, finanzstarke Unternehmer, hochrangige AfD-Politiker, aber auch Juristen, Ärzte und zwei CDU-Mitglieder. Organisiert wurde dieses Treffen -laut Korrektiv- von Gernot Mörig und Hans-Christian Limmer. In dem Landhotel nahe Potsdam wurde am 25. November allerdings kein Kaffeeklatsch abgehalten. Nein – die Versammlung diente zur Planung eines Konzeptes, um langfristig Millionen von Menschen aus Deutschland zu vertreiben. Dies gelte nicht nur für geflüchtete Menschen, nein auch für Menschen mit deutschem Pass, welche entweder einen Migrationshintergrund haben oder zu unliebsam seien, weil sie beispielsweise Migrant\*innen unterstützen. Innerhalb des Geheimgesprächs wurde geplant, dass die rund 20-30 Prozent der deutschen Bürger\*innen, welche das betreffe, nach Nordafrika abgeschoben werden.

Dieses Konzept klingt erst einmal nach einer unrealistischen Allmachtsfantasie Rechtsextremer. Aber hier sollte ich noch einmal betonen, dass Mitglieder unserer Werteunion anwesend waren und 5.000 Euro zahlten, um von diesem Konzept zu erfahren.

Diese Zunahme an rechtsextremen Bewegungen ist meiner Meinung nach sehr besorgniserregend. Hier spreche ich nicht nur von dem Geheimgespräch, sondern auch von der rechtspopulistischen Partei „Alternative für Deutschland“.

Dass die AfD immer mehr Wählerstimmen erlangt, ist uns allen bekannt.

Auf den Werbepostern wirbt die AfD mit Politik für den kleinen Mann. So seien sie gegen eine Rente erst mit siebzig Jahren, gegen teure Mieten und für die Familie, für die Ehe, für Alleinerziehende und für eine Politik für den Mittelstand und Geringverdiener. All das -gerade die Politik für den Mittelstand- wäre auch wirklich von Bedeutung, da sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer mehr weitet. Mittlerweile besitzen die reichsten 0,1 Prozent 15x so viel Vermögen wie die ärmsten 50 Prozent zusammen.

Ist die AfD also eine Alternative für Deutschland? – Nein!

Die AfD wirbt zwar mit all diesen (durchaus sinnvollen) Zielen, in ihrem Wahlprogramm sieht es jedoch ziemlich anders aus. So fordern sie eine Rente erst nach 45 Beitragsjahren, was für 40% der Deutschen nicht vor dem 70. Lebensjahr stattfinden würde. Die Unterstützung für stereotypischer Familien läge bei 20€ mehr im Jahr. Das dies keinen signifikanten Unterschied mache, ist klar. Außerdem gelte dies auch nur für die typische „Vater-Mutter-Kind-Familie“, da gleichgeschlechtliche Ehen deutlich abgelehnt werden. Alleinerziehenden wollen sie zwar „helfen“, jedoch ist die AfD gegen jegliche finanzielle Unterstützung durch Organisationen, die Einelternfamilien als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf propagieren. Und in Deutschland leben zu 23,2% alleinerziehende Familien. Sie kritisieren ebenfalls das Konzept der Krippen und möchten diese abschaffen. Darüberhinaus möchten sie das Scheidungsrecht, welches 1977 abgeschafft wurde, wieder zurückführen. Dieses macht eine Scheidung nur gültig, wenn zum Beispiel Missbrauch vorliegt. Das bedeutet also, dass man sich nur „mit gutem Grund“ trennen dürfe.

Darüberhinaus steht im Wahlprogramm der AfD noch, dass sie gegen eine Mietpreisbremse und für eine Senkung des Mindestlohns und eine Steuersenkung für Spitzenverdiener seien.

So viel also zur Politik für den kleinen Mann – sie betreiben Politik für Großverdiener\*innen!

Das die Aussagen der AfD ziemlich paradox sind, entgeht nicht.

So auch ein Beispiel aus der Corona-Pandemie: zu Anfang setzten sich Politiker\*innen der AfD für eine Maskenpflicht ein, aber als die Bundesregierung dann Maskenpflichten erließ, lehnte die AfD diese Entscheidung ab. Es scheint so, als ändere die AfD ihre Meinung immer mit der Absicht so viele Wähler\*innen zu erreichen, wie möglich.

Innerhalb Statistiken der WSI wird deutlich, dass AfD-Wähler\*innen besonders wenig Vertrauen in zum Beispiel Gerichte, die ÖR-Medien und die Bundesregierung, haben. Es ist also nicht abwegig, dass sich die AfD genau deswegen immer gegen die Regierung stellt.

Ich denke, viele von ihnen kennen die Aussage der AfD-Politikerin Beatrix von Storch, in der sie sagt, dass es keinen menschengemachten Klimawandel gebe, weil nur die Sonne einen Einfluss auf die Erwärmung der Ozeane habe. Daraus schlussfolgert sie, dass man die Sonne verklagen müsse. Dass das völliger Quatsch ist, ist jedem bewusst.

Dennoch bleibt die AfD dabei. Guido Reil erklärt, dass es den Klimawandel schon immer gab, weil Grönland vor 800 Jahren auch noch grün gewesen sei. Dabei vergaß er wohl drei Nullen, denn laut Forschern war Grönland vor 800.000 Jahren grün. Ebenso sagt er, dass es keine Beweise für den Klimawandel gebe und auch Wissenschaftler Zweifel haben. Jedoch kann er keinen Namen dieser zweifelnden Wissenschaftler nennen.

So seriös scheint dies also auch nicht.

Vor Diskriminierung macht die AfD auch keinen Halt.

Sie sind klar gegen die Ehe für alle und Adoptionen für gleichgeschlechtliche Paare. Außerdem sind sie gegen eine Aufklärung, da sie befürchten, dass dies die Kinder verwirre und sie in ihrer eigenen sexuellen Orientierung verunsichere. So sagt Leyla Bilge aus, dass die EU Hand in Hand mit der „LGBTQ-Gendern-Lobby“ gehe und betitelt diese als „Satanbrut“ und eine Gefahr für „unsere Kinder“. Die AfD würden ebenfalls gern jegliche Antidiskriminierungsgesetze abschaffen. Dies würde bedeuten, dass es fortan legitim sei, wenn Menschen zum Beispiel aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden.

Frauenfeindliche Aussagen gehören auch mit in das Programm. So findet Gerhard Welter, dass Frauen einen Vormund brauchen, Andy Schöngarth wünscht einer 18-jährigen, dass sie sexuell missbraucht wird und Beatrix von Storch warnt Ehemänner davor, dass sie sie ihre Ohren spitzen müssen, da ein leises Nein, sie zu Vergewaltigern mache.

Auch rassistisch äußert sich die AfD immer und immer wieder. So nutzen und legitimieren sie das N-Wort oder reduzieren Menschen auf ihre Abstammung. In mindestens drei Bundesländern ist die AfD bereits als gesichert rechtsextrem eingetragen.

Und all das, all diese ethisch verwerflichen Aussagen. Und trotzdem müssen wir uns Sorgen machen, da die AfD immer mehr Zuspruch gewinnt. Auch hier in Westerkappeln ist die AfD bei den Landtagswahlen 2022 mit 4,6 Prozent vertreten. Glücklicherweise überwiegen Parteien der Mitte, jedoch hat die AfD 1,6 Prozentpunkte Gewinn gemacht. Also bitte ich Sie, nutzen Sie Ihr Wahlrecht und wählen Sie gegen Rechts!

Dankeschön!